

Thesen zur Kernenergie

Einleitung

1. Diese Thesen betrachten nicht alle Aspekte atomarer Technologien, ihrer Entwicklung, ihrer Anwendung, ihrer sozialen und ökologischen Folgen. Das ist schon daher unmöglich, weil sich diese Technologie ständig weiter entwickelt. Diese Thesen wollen v.a. versuchen, eine nüchterne, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Position zu dieser Technologie zu entwickeln und der v.a. in Deutschland verbreiteten Angst und Ablehnung dieser Technik gegenüber zu begegnen. Diese Thesen sind zugleich ein Vorschlag und eine Aufforderung an die Linke und die Arbeiterbewegung, aber auch an die kleinbürgerlich geprägte Anti-AKW-Bewegung, wie sie in ihrem Bemühen, bessere Sicherheitsstandards dieser Technik zu erreichen, erfolgreich sein können und warum sie ihre Atom-Phobie überwinden müssen.
2. Die Thesen sollen eine historisch-materialistische Bewertung der Kerntechnik vornehmen, die auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik und deren Perspektiven beruht und nicht auf Ideologie. Die Thesen sollen eine methodisch-programmatische Basis dafür sein, um a) aktuelle Ideologien und Bewegungen zu beurteilen und Argumente für und gegen die Kernkraft zu bewerten, b) den Stellenwert der Kernenergie für Gegenwart und Zukunft zu beurteilen und c) ein effektives Eingreifen der Linken und der Arbeiterbewegung im Klassenkampf zu ermöglichen.
3. Der Marxismus lehnt Technologiefurchung ab. Im Gegenteil: immer hat er den Fortschritt der Menschheit auch darin gesehen, dass die Produktivkräfte weiterentwickelt werden. Dabei geraten sie in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen. Dieser Konflikt spitzt sich zu, bis er revolutionär - durch die Umwälzung der Produktionsverhältnisse - „aufgehoben“ wird. Nicht eine Technologie an sich, sondern die jeweilige Gesellschaftsstruktur und die Interessen der herrschenden Klasse bestimmen, wie oder ob sie zur Anwendung kommt, entwickelt bzw. weiterentwickelt wird. Im Kapitalismus haben die Produktivkräfte einen janusköpfigen Charakter: sie können zum Wohl,

aber auch zum Wehe der Menschheit dienen.

4. Die Nutzung der Atomenergie in Deutschland ist - im Unterschied zu den meisten anderen Ländern - seit den 1970ern Gegenstand heftigster Kontroversen. Zehntausende waren gegen die Atomenergienutzung auf der Straße oder führten Blockaden durch. Die Ablehnung der Atomtechnik, ja eine regelrechte Atomphobie ist hierzulande heute die Mehrheitsmeinung - nicht zuletzt nach den Unglücken von Tschernobyl und Fukushima. Auch die Linke und das Gros der Arbeiterbewegung teilen diese Position. Die stark von bürgerlichen Medien und Parteien, dem bürgerlichen Bildungswesen und der „grünen“ Szene geprägte „öffentliche Meinung“ ist - wie in der Klima- und der Energiefrage - mehr von Dogmen als von wissenschaftlichem Denken geprägt und zeigt sich rationalen Argumenten kaum zugänglich.
5. Zu Beginn der zivilen Nutzung der Kernenergie in den 1950/60er Jahren herrschte geradezu eine fast unkritische Atom-Euphorie vor. Die Atomtechnik wurde als zentrales Element der zukünftigen Energieversorgung der Menschheit angesehen und ihr enormes Potential betont, während die Probleme und Risiken unterschätzt wurden. Diese Einstellung widerspiegelte auch die Euphorie des langen Nachkriegs-Booms und der sprunghaften Entwicklung von Wissenschaft und Technik dieser Periode.
6. Die Entwicklung der weiter wachsenden Menschheit und umso mehr noch eine gesellschaftliche Entwicklung Richtung Kommunismus verlangen nach einer möglichst schnellen und umfänglichen Entwicklung aller Produktivkräfte sowie der ständigen Veränderung der Produktionsverhältnisse. Ja, die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise erlaubt überhaupt erst eine viel schnellere und harmonischere Entwicklung der Produktivkräfte und ihre Anwendung zum Nutzen der gesamten Menschheit. Nur durch die Bereitstellung von gegenüber heute vielfach größeren Energiemengen können die sich stets verändernden Lebensbedürfnisse einer wachsenden Menschheit befriedigt und Armut und Unterentwicklung überwunden werden.
7. Die besonders in Deutschland betriebene Politik der „Energiewende“

(EW), die Einführung der „erneuerbaren Energien“ (EE) v.a. durch die Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse zur Ersetzung der fossilen Verbrennung und der Kernenergie als Grundlage (!) des Energiesystems ist eine Sackgasse. Die EE haben (trotz künftiger technischer Fortschritte) kein ausreichendes energetisches Potential, ihre Energieflussdichte ist - naturbedingt - zu gering, sie sind für ein energetisches System inkompatibel und schädigen die Umwelt. Ohne staatliche Subventionierungen sind sie nicht konkurrenzfähig und unökonomisch; sie stellen einen Rückschritt der Produktivkraftentwicklung dar.

8. Der Kapitalismus hat zu einer enormen quantitativen und qualitativen Entwicklung der Produktivkräfte - des Proletariats sowie von Wissenschaft und Technik - geführt. Trotz der ihm immanenten Tendenzen zu Krisen, Stagnation und der Behinderung und Zerstörung von Produktivkräften bleibt der durch die Konkurrenz getriebene grundlegende Zwang zur Erneuerung und Modernisierung der Produktion bestehen.
9. In der bürgerlichen Gesellschaft werden viele Technologien zu Destruktivkräften, viele technische Fortschritte heben nicht den Lebensstandard der Massen, sondern führen aufgrund der auf Profitmaximierung zielenden Wirtschaftsweise zu intensiverer Ausbeutung, zu Arbeitslosigkeit und zur Schädigung der Umwelt. Auch die Atomkernspaltung ermöglicht zwar die Nutzung gewaltiger Energien, wurde aber zuerst für militärische Zwecke eingesetzt. In Hiroshima und Nagasaki bewies der US-Imperialismus 1945, dass er keine Skrupel kennt, seine globale Hegemonie auch durch den Einsatz von Atomwaffen durchzusetzen.
10. Die friedliche Nutzung der Kernspaltung war zunächst nur ein „Nebenprodukt“ der militärischen Nutzung. Das hatte Folgen: „zivile“ Reaktoren dienten auch der Gewinnung kernwaffenfähigen Materials und der Weiterentwicklung der Nukleararsenale. Die ersten Reaktoren wurden v.a. zur Produktion kernwaffenfähigen Plutoniums und für den Antrieb von U-Booten konzipiert. Für die Stromerzeugung in AKW waren sie daher nicht optimal geeignet. Auch die Weiterentwicklung und

Verbesserung der Kerntechnik wurde aus Profitgründen oft blockiert, um ältere Techniken länger verkaufen zu können. Der „Atomwaffensperrvertrag“ behinderte auch die Ausweitung und Weiterentwicklung der zivilen Kernenergienutzung und diente der Sicherung der technologischen und militärischen Dominanz der imperialistischen Führungsmächte und ihrer Konzerne.

11. Der Aufbau der „zivilen“ Nuklearsparte in den 50er und 60er Jahren erfolgte vor dem Hintergrund des langen Nachkriegsbooms und in Erwartung eines ständig weiter steigenden Strombedarfs. Auch die Ölkrise in den 1970ern stärkte die Atomindustrie, weil man sich mit ihr größere Unabhängigkeit vom unsicheren Ölmarkt erhoffte und dem Schwinden der fossilen Brennstoffvorräte begegnen wollte (peak oil). Eine Methode, um die Kernkraft argumentativ zu fördern, war die Unterstützung der Etablierung der Theorie der drohenden Klimakatastrophe durch den Ausstoß von CO₂ durch Kohlekraftwerke.
12. In Deutschland erfolgte die Einführung der Atomenergie zunächst gegen den Widerstand der Energieunternehmen, welche die großen Investitionen scheuten und wenig Bereitschaft zeigten, in eine neue Technologie einzusteigen. Doch der Druck der Politik und Milliardenhilfen vom Staat in die Forschung und den Bau von AKW führten zur Etablierung dieser Technik, die schließlich bis zu 30% des Stroms in Deutschland erzeugte.
13. Die Bewegung gegen die Kernenergie wurzelt tw. in den Protesten gegen die atomare Aufrüstung, die Wiederbewaffnung und den Beitritt Deutschlands zur NATO. Im Zuge der Etablierung der reaktionären bipolaren Nachkriegsordnung, nach den nicht genutzten revolutionären Möglichkeiten mit Ende des 2. Weltkriegs, dem Erstarken des Stalinismus und der Re-Etablierung des Reformismus in Europa verschwand die antikapitalistisch-revolutionäre Perspektive zunehmend aus dem gesellschaftlichen Denken und dem Bewusstsein des Proletariats.
14. Die mit der globalen Ausweitung der imperialistischen Weltordnung wachsende Gefahr der Zerstörung von Leben und Natur nahm und nimmt zu. So wurden z.B. die Chemie-Unfälle von Seveso 1976 und von Bhopal

1984 von Vielen als Menetekel der kapitalistischen Wirtschaftsweise aufgefasst. Die entstehende kleinbürgerliche grüne Bewegung sah aber zunehmend nicht die herrschende Produktionsweise insgesamt, sondern nur bestimmte Aspekte von ihr bzw. „die Technologie“ an sich als bedrohlich an. Gegen die Orientierung auf die soziale Aktion der Arbeiterklasse machte sich eine grundlegend Technik-skeptizistische und sozial-romantische Ideologie breit. Die Passivität des Reformismus in puncto Ökologie wie die Nichtbeachtung dieser Frage durch den „Marxismus“ und die radikale Linke führten dazu, dass die grüne Bewegung ideell und tw. organisatorisch zur führenden Kraft auf diesem Feld wurde.

15. Die Grünen sind inzwischen ein fester und „normaler“ Bestandteil des Parteiensystems in Deutschland geworden und haben ihren früheren Bewegungscharakter weitgehend verloren. Sie haben zwar für die Ausprägung von „Umweltbewusstsein“ viel getan, halfen aber zugleich dabei mit, ein bürgerliches Umwelt-Krisen-Management zu etablieren. Das starke Anwachsen der (lohnabhängigen) Mittelschichten ab den 1960ern ist der soziale „Unterbau“ dieser Entwicklung.
16. Auch die radikale Linke ist stark von der grünen Szene und deren Ökologismus beeinflusst passt sich ihr weitgehend an. Die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der 68er Linken in den Grünen aufging, illustriert diese Entwicklung. Generelle Skepsis und Ablehnung der Atomkraft gehören zum Kern der „grünen“ und linken Ideologie und Bewegung.
17. Im Februar 1981 demonstrierten rund 100.000 Menschen gegen das AKW Brokdorf und gegen die Kernkraft in der Bundesrepublik. 1985/86 erlebte die Anti-Atom-Bewegung bei den Protesten gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf einen weiteren Höhepunkt. Der GAU von Tschernobyl 1986 verstärkte die Angst vor der Atomtechnik und der Wirkung von Radioaktivität. Seit Jahren kommt es regelmäßig zu regionalen Aktionen v.a. gegen die Castor-Transporte, die aber kaum noch den Charakter von Massenbewegungen haben.
18. Nach dem Eintritt der Grünen in die Bundesregierung unter Schröder (SPD) 1998 wurde der Atomausstieg beschlossen, jedoch war dafür ein

sehr langsames Tempo vorgesehen. Nach dem Unglück von Fukushima 2011 kam es zu Massendemonstrationen für den Atom-Ausstieg. Um die anstehenden Wahlen nicht zu verlieren, gab die schwarz/gelbe Merkel-Regierung ihren Kurs der Verlängerung der AKW-Laufzeiten auf und beschloss den endgültigen Atomausstieg bis 2022. Dieser ist Teil der Politik der „Energie-Wende“, die schon seit etwa 2000 massiv vorangetrieben wird. Mit ihr sollen AKW und Kohlekraftwerke durch die „erneuerbaren Energien“, v.a. Wind-, Solar- und Bioenergie, ersetzt werden.

Das Problem der Endlagerung

19. Die Entsorgung radioaktiver Stoffe wird als eines der großen Probleme und Risiken der Atomtechnologie angesehen und ist ein zentrales Argument für den Atomausstieg. Jährlich werden weltweit etwa 9 Mio. Tonnen giftige „Sonderabfälle“ produziert, davon sind nur etwa 1% radioaktive Stoffe. In Deutschland fielen 1997 etwa 173.000 Tonnen an, davon nur etwa 600 Tonnen hochaktive radioaktive Abfälle. Im Unterschied zu radioaktiven Abfällen, die relativ gut handhabbar sind und deren Gefährlichkeit abnimmt (Halbwertszeit), behalten andere Abfälle zum großen Teil ihre Gefährlichkeit ewig bei. Das Problem der Entsorgung radioaktiver Stoffe wird weit über dessen reale Dimension hinaus künstlich hochgespielt.
20. Brennelemente aus AKW sind hoch radioaktiv und müssen deshalb sicher entsorgt werden. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten. Beim „offenen Brennstoffkreislauf“ (wie in Deutschland) wird der abgebrannte Kernbrennstoff als Abfall angesehen, der ca. 200.000 Jahre lang eine höhere Radioaktivität als Natururan hat und daher ebenso lange gelagert werden muss. Beim „geschlossenen Brennstoffkreislauf“, wie in Frankreich und Japan, wird der Atom“müll“ aufgearbeitet und Uran und Plutonium in den Brennstoffkreislauf zurückgeführt. Das verkürzt die Zeit des radioaktiven Zerfalls auf etwa 16.000 Jahre.
21. Meist wird radioaktiver Abfall durch Einlagerung in tiefen geologischen Schichten entsorgt. So entsteht ein mehrschichtiges Schutzsystem. Über Jahrtausende können sie aber lecken und es können radioaktive Isotope austreten. Dann sollen die geologischen Barrieren radioaktive

Verseuchung verhindern.

22. Die Gefahr abgebrannter Kernbrennstoffe geht nach Jahrhunderten nur von wenigen Elementen (v.a. Plutonium, Neptunium, Americium, Curium) aus. Trotz ihrer niedrigen Konzentration gefährden sie jede Lebensform, wenn sie in die Umwelt gelangen. Sie müssen daher völlig isoliert und sehr lange sicher gelagert werden, soweit sie nicht technisch „aufgearbeitet“ werden können. Ein Beispiel für die Möglichkeit eines dauerhaften geologischen Einschlusses liefert der Naturreaktor in Oklo, wo Radionuklide innerhalb von 2 Milliarden Jahren nur 50 m weit „gewandert“ sind.
23. Stark strahlende alte Brennelemente werden in Glaskokillen eingeschlossen und in ein Zwischenlager gebracht, wo sie abklingen, bis die Wärmestrahlung soweit zurückgegangen ist, dass eine Endlagerung möglich ist. Bei einem großen AKW fallen jährlich etwa 50 m³ radioaktiver Abfall an, davon 7 m³ hochradioaktiver. In Deutschland sind seit 2005 Transporte zur Wiederaufbereitung verboten, so dass abgebrannte Brennelemente an den AKW-Standorten zwischengelagert werden müssen.
24. Noch nutzen AKW nur maximal 5% der im Spaltmaterial enthaltenen Energie. Atomare Reststoffe sind also kein Müll, sondern energetisch hochwertige Stoffe. Obwohl es relativ wenig Bemühungen der von Staat und Atomkapital dominierten Wissenschaft gab, Techniken zur Wiederverwendung atomarer Abfälle zu entwickeln, sind reale Fortschritte erzielt worden. V.a. die Partitionierung und Transmutation (PuT) stellen Möglichkeiten dar, den „Atommüll“ zu nutzen und das Problem der Endlagerung zu minimieren oder zu lösen. Theoretisch könnte mit PuT ein geologisches Endlager komplett entfallen.
25. PuT bedeutet chemische oder elektrochemische Abtrennung (Partitioning) von Plutonium u.a. Elementen und ihre Umwandlung in stabile oder kurzlebige Isotope durch Neutronenreaktionen (Transmutation). Dadurch können die Toxizität und die Menge des Abfalls erheblich reduziert werden. Die für die Nutzung der PuT-Technik benötigte Entwicklungszeit liegt bei Nutzung aktueller Technologien unter der, die aktuell für die

Endlagerung gilt. PuT-Anlagen existieren oder existierten und haben nur wenig Entwicklungszeit benötigt. Mit den heutigen Möglichkeiten der Technik können sie noch verbessert werden. Während ein Endlager Kosten verursacht, können PuT-Anlagen den kompletten Investitionsbedarf z.B. durch Stromerzeugung wieder einspielen. 2014 ging in Russland in Bjelojarsk mit dem BN 800 der weltweit erste Reaktor in Betrieb, der Atom“müll“ als Brennstoff nutzt. Inzwischen gibt es weitere solche Anlagen bzw. Projekte dafür auch in anderen Ländern.

26. Die „Endlagerdebatte“ hierzulande wird von völlig falschen Prämissen bestimmt. Erstens werden die atomaren Abprodukte nicht als Rohstoff, sondern als Müll angesehen. Daraus folgt die weitgehende Missachtung der Möglichkeiten der Wiederverwendung des Atom“mülls“. Zweitens wird die Endlagerung bzw. deren Dauer nur mit den Halbwertzeiten radioaktiver Isotope in Verbindung gebracht. Der entscheidende Zusammenhang ist aber ein anderer. Die „End“lagerung muss nur solange und insoweit erfolgen, als die technische Nutzung noch nicht zur Wiedernutzung aller Reststoffe in der Lage ist. D.h. nicht die Halbwertzeit, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte ist der maßgebliche Faktor. Und hier geht es um Jahre oder Jahrzehnte, nicht um Jahrmillionen. Drittens wird ständig suggeriert, dass die Endlagerung nicht sicher wäre. Doch das technische Knowhow erlaubt heute eine so sichere Lagerung, dass nach menschlichem Ermessen keine Schädigungen auftreten können. Selbst im Fall, dass radioaktive Stoffe freigesetzt werden, werden keine Katastrophen eintreten, wie immer behauptet wird (siehe dazu die Ausführungen zur Radioaktivität weiter unten).
27. Die ganze Absurdität der deutschen Atompolitik und ihre rein ideologischen Prämissen werden anhand der Endlagersuche deutlich. 35 Jahre nach der Einrichtung zweier Endlagerstandorte (Salzstock Gorleben, Schacht Konrad) legte die Merkel-Regierung 2013 den Entwurf eines „Standortauswahlgesetzes“ (StandAG) vor, um erneut Endlagerstandorte erkunden zu lassen. Das ist schon insofern absurd, da beide vorhandenen Standorte sicher sind, was u.a. diverse internationale Gutachten bestätigen. In Gorleben sind nur noch Restarbeiten erforderlich, um eine vollständige Nutzbarkeit zu erreichen. Nun soll -

nach jahrelangen umfangreichen und teuren Erkundungs- und Erschließungsarbeiten - alles wieder bei Null anfangen. Für die Atomkraft-Gegner bedeutet das, dass eine prekäre Situation entsteht, welche die Atomenergie als „unhaltbar“ und den Atomausstieg als notwendig erscheinen lässt. Für die Allgemeinheit bedeutet es: statt der jetzigen Endlagerung wird es mindestens bis 2050 in Deutschland überhaupt keine sichere Endlagerung geben und es entstehen riesige Zusatzkosten.

28. Die Verantwortung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle liegt beim Bund. Er hat lt. Gesetz seit 1976 die Pflicht, Anlagen zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten. Es sind inzwischen 40 Jahre vergangen, ohne dass der Bund seine Verpflichtung erfüllt hat. Sämtliche Kosten für Planung, Errichtung und Betrieb (nicht für die Erkundung) tragen nach dem Verursacherprinzip die Unternehmen, wo radioaktive Abfälle anfallen.
29. Bereits 1963 empfahl die Bundesanstalt für Bodenforschung (heute: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR) die Endlagerung in Steinsalzformationen. Der Bund initiierte ein Erkundungs- und Auswahlverfahren. Schließlich wurden 23 Standorte ausgewählt, von denen am Ende 4 Standorte, darunter Gorleben, in die engere Wahl kamen. 1979-83 wurden in Gorleben Erkundungsbohrungen niedergebracht. 1998 waren etwa 7 Km Strecke mit 8×16 Meter Querschnitt ausgebaut, was ausreicht, um die Entsorgung für Jahrzehnte abzusichern.
30. Nach dem Regierungswechsel 1998 wurde der Transport abgebrannter Brennelemente zu Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien untersagt, stattdessen mussten Zwischenlager am Standort der AKW eingerichtet werden. Die weitere Erkundung von Gorleben wurde ab Oktober 2000 für Jahre unterbrochen. Nur drei bis vier Jahre weiterer Erkundung hätten genügt, um eine endgültige Eignungsaussage über den Salzstock als Endlager machen zu können.
31. Nicht genug damit. Das bis 2006 vom Bundesumweltministerium (BMU) favorisierte „Ein-Endlager-Konzept“ (anstatt wie bisher zweier Endlager)

hatte v.a. das Ziel, das Endlager Konrad „zu beerdigen“. Nach dem neuen Konzept sollen alle radioaktiven Abfälle in nur ein Endlager gebracht werden, in Konrad aber war die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle von Anfang an ausgeschlossen. Erst später wurde dem BMU klar, dass auch aus Sicherheitsgründen eine getrennte Endlagerung besser wäre. Eine erneute Standortsuche würde frühestens 2050 zu einem Endlager führen. Zudem: Eine untertägige Erkundung mehrerer Standorte mit dem Ziel den „besten“ Standort zu finden, ist international nicht Stand der Wissenschaft und wird in anderen Ländern auch nicht angestrebt.

32. Es ist skandalös, dass 35 Jahre nach der Standortentscheidung für Gorleben die Bundesregierung ein Gesetz plant, das den Standortauswahlprozess der 60er und 70er Jahre, über 20jährige Erkundungen von Gorleben und dessen dokumentierte Eignung ignoriert und wieder bei Null beginnt. Anstatt ein Problem zu lösen oder zu minimieren, wird mit immensem Aufwand eine Lösung verzögert oder gar unmöglich gemacht.

Das Problem der radioaktiven Strahlung

33. Radioaktivität ist die Eigenschaft von Atomkernen, sich unter Aussendung ionisierender Strahlung umzuwandeln. Es gibt viele Arten dieser Strahlung, z.B. Alpha-, Beta-, Gamma- oder Neutronenstrahlung. Meist wird dafür der Sammelbegriff „radioaktive Strahlung“ benutzt. Die biologische Strahlenwirkung ist von diversen Faktoren abhängig: von der Art der Strahlung, der Intensität, der Dauer der Einwirkung und der Empfindlichkeit des Organismus.
34. Im Alltag sind wir immer natürlicher Radioaktivität ausgesetzt. Sie kommt aus dem Weltall (kosmische Strahlung) oder vom Boden (Radionuklide) sowie durch die im Körper selbst vorhandenen radioaktiven Stoffe. In Deutschland liegt die jährliche natürliche Strahlendosis für die meisten Einwohner im Bereich von 1-5 mSv (Millisievert). Der Durchschnitt beträgt 2,1 mSv jährlich.
35. In den 1950ern einigte man sich international auf einen linearen Wirkungszusammenhang ohne einen Schwellwert (linear no-threshold model; LNT) für den Strahlenschutz. Man unterstellte, dass die

biologischen Schäden (Krebs), die durch Radioaktivität ausgelöst werden, direkt proportional zur Dosis wären. Bis zur „Politisierung“ des Themas durch die Atombombenabwürfe ging man mit der Radioaktivität pragmatisch um. Man hatte schon beim Röntgen erkannt, dass Strahlung zu Erkrankungen führen kann. Die Fälle wurden analysiert und ein Grenzwert für den Arbeitsschutz definiert.

36. Die Unhaltbarkeit der LNT-Annahme wird schon am Beispiel Alkohol klar: eine Flasche Schnaps in einer Stunde getrunken ist schädlich. Die gleiche Alkoholmenge auf lange Zeit verteilt ist unschädlich. Geringe Alkoholmengen wirken sogar anregend für den Kreislauf. So verhält es sich auch bei Strahlung, eine kleine Strahlendosis regt das Immunsystem des Organismus an und hat verschiedene biopositive Wirkungen.
37. Man hört überall, dass die schädliche Wirkung selbst kleinster Dosen erwiesen seien. Doch das ist gar nicht möglich. Schon bei der relativ hohen Dosis von 100 mSv liefert die Statistik 5 Krebsfälle pro 1.000 Personen. Da aber 2-300 Menschen von 1.000 sowieso Krebs bekommen, sind die angeblichen 5 zusätzlichen darunter statistisch nicht zu entdecken.
38. Zur Begründung der LNT-Hypothese dient eine Modellvorstellung: Jedes Strahlenteilchen kann einen Doppelstrangbruch der Erbsubstanz erzeugen, daraus kann sich Krebs entwickeln. So wäre das Krebsrisiko proportional zur Strahlendosis, unabhängig von der Zeit. Heute weiß man jedoch, dass Krebs durch eine Fehlsteuerung in Zellzyklus verursacht werden kann, der von den Reparaturmechanismen der Zelle nicht mehr korrigiert wird. Eine gewisse Dosis radioaktive Strahlung aktiviert aber diese Reparaturmechanismen, Fehler können so besser repariert werden. Die biopositive Wirkung von Strahlung im Niedrigdosisbereich ist eindeutig nachgewiesen.
39. Die Gegen-Theorie zu LNT ist die Hormesis. Darunter wird verstanden, dass ein „schädlicher“ Stoff, in geringen Mengen verabreicht, eine genau gegenteilige, also positive, Wirkung haben kann. Schon immer zeigte sich bei Niedrigstrahlung, dass deutlich weniger Krebsfälle auftraten, als nach dem LNT-Modell zu erwarten waren. Fast alle Studien mit Arbeitern aus

der Atom-Industrie, mit Opfern von Atombomben und den Reaktorunglücken von Tschernobyl und Fukushima zeigen sogar Werte unter dem Erwartungswert der entsprechenden Bevölkerungsgruppe.

40. Das Wort „Strahlenschutz“ gehört zur Alltagssprache. Doch er ist demagogisch, denn man muss sich nicht grundsätzlich vor Strahlung schützen, sondern nur vor übermäßig hoher Dosierung. Auch der Begriff „Strahlenbelastung“ ist irreführend, denn Strahlung kann gut oder auch schlecht sein, es hängt von der Dosis ab.
41. Strahlenschützer ignorieren die Erkenntnisse der Strahlenbiologen, in ihren Publikationen werden deren Arbeiten nicht erwähnt. Die International Commission on Radiological Protection und auch das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz nehmen die biopositive Wirkung von Niedrigdosis-Strahlung nicht zur Kenntnis. Da durch Politik und Medien die Strahlenfurcht über Jahrzehnte massiv verbreitet wurde, haben die Strahlenschützer gegenüber den Strahlenbiologen gewonnen – zum Nachteil der Menschen, da viele Krankheiten durch ein starkes Immunsystem des Körpers geheilt werden könnten oder gar nicht erst ausbrechen würden.
42. Sehr viele Untersuchungen belegen die Hormesis-Theorie. In Taiwan z.B. wurde in Wohnhäusern Stahl verbaut, der Co-60 enthielt, ein starker gamma-Strahler. Bei den so bestrahlten Bewohnern sank die Krebsrate fast auf Null. Auch bei den Beschäftigten in der Nuklearindustrie wurden keine negativen Effekte festgestellt, wie es lt. LNT hätte sein müssen. Bei diesen Arbeitern war die Sterblichkeit sogar geringer als bei der Normalbevölkerung. Man nennt dieses Phänomen „Healthy-Worker-Effekt“. Auch andere Personengruppen, die mehr Strahlung als der Durchschnitt erhalten, zeigen keine gesundheitlichen Auffälligkeiten: fliegendes Personal, Besatzungen von Atom-U-Booten oder Bewohner von Orten, wo die natürliche Radioaktivität besonders hoch ist.
43. Ideologische Vorbehalte und politische Interessen haben bewirkt, dass ein völlig falsches Bild von der generellen Gefährlichkeit von Strahlung verbreitet wird – v.a. in Deutschland. Die aktuell praktizierte Art von Strahlenschutz übertreibt die Gefährlichkeit von Radioaktivität nicht nur,

sie erzeugt unnütze Kosten und verhindert die Nutzung deren biopositiver Effekte. Mehr noch: die gemäß der LNT-Theorie völlig überzogenen Massenevakuierungen von Tschernobyl und Fukushima führten zu vielen zusätzlichen Toten.

Nuklearunfälle und ihre Lehren

44. Bisher gab es mehrere Dutzend Unfälle mit kerntechnischen Anlagen, die neben materiellen auch Personenschaden bewirkten. Die zwei größten und bisher einzigen Unfälle mit Schadensstufe INES VII ereigneten sich 1986 in Tschernobyl in der UdSSR und 2011 im japanischen Fukushima. Beide Unfälle werden - nicht überall, aber in Deutschland - in ihren Ursachen und Auswirkungen völlig überzogen und falsch dargestellt.

Tschernobyl

45. Die Katastrophe von Tschernobyl resultierte u.a. aus besonderen Umständen: die Bauart des Reaktors barg konstruktive Mängel, es wurde ein besonderer Probelauf des Reaktors für militärische Zwecke durchgeführt, als es Probleme gab, wurde dieser nicht vorschriftsmäßig beendet, um - aus Rentabilitätsgründen - schneller wieder den Normalbetrieb beginnen zu können, die Bedienung des Reaktors bzw. das Krisenmanagement wurde von tw. unqualifiziertem Personal durchgeführt. Unvorbereitet, chaotisch und Menschen verachtend wurde auf den GAU des AKW reagiert: Feuerwehrleute waren schlecht ausgerüstet und wurden brutal in den Tod geschickt, als „Liquidatoren“ wurden Bauarbeiter direkt auf Baustellen verhaftet, um unter höchster Strahlenbelastung am AKW zu arbeiten - viele ohne Messgeräte.
46. 30 Jahre nach Tschernobyl sind die Folgen sehr gut untersucht und in vielen Dokumentationen belegt, z.B. durch Berichte der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem „United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation“ (UNSCEAR) oder der „Deutschen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit“ (GRS).
Es gab 31 Soforttote. Einige Dutzend Menschen dürften später an der Strahlung gestorben sein. Insgesamt müssen etwa 4.000 der 600.000 stärker belasteten Personen (Liquidatoren und spät umgesiedelte Bewohner der 30km-Schutzzone) mit einer Verkürzung ihrer Lebensdauer rechnen. Bei mehreren tausend

Kindern, bes. in der Region Gomel, trat Schilddrüsenkrebs auf. Mehr als 99% von ihnen konnten geheilt werden. Eine messbare Zunahme der Erkrankungen an Krebs, Leukämie, Fehlgeburten und Missbildungen Neugeborener wurde nicht festgestellt. Insbesondere viele aus der Schutzzone umgesiedelte Menschen sind psychisch stark belastet. (Zahlen aus: „Was wissen wir heute über die Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl vor 20 Jahren?“ von J. Grawe, Joachim.Grawe@energiefakten.de)

47. In Deutschland u.a. Ländern ging radioaktiver Niederschlag nieder. Die Auswirkungen lagen in der Schwankungsbreite der natürlichen Radioaktivität, die z.B. im Schwarzwald wesentlich höher ist als an der Küste, ohne dass dies erkennbare Auswirkungen auf die dort Lebenden hätte. Theoretisch könnte sich das Risiko eines Bundesbürgers, an Krebs zu sterben, durch Tschernobyl von 20% auf 20,01 % erhöht haben, wenn man mit der LNT-These annimmt, dass auch kleinste Strahlendosen Krebs auslösen.
48. Heute ist die "Sperrzone" eine Touristenattraktion. 2015 besuchten 15.000 Menschen die 30km-"Todeszone". Nach der Katastrophe sagten die Medien apokalyptische "Krebs-Epidemien" voraus. Sie sind nicht eingetreten. Die grüne Anti-Atom-Szene (und in ihrem ideellen Windschatten die Linke) wurde nicht müde, die Situation zu übertreiben, Angst zu schüren und zu lügen. So meinte Greenpeace am 14.4.16, dass 440.000 Kubikmeter langlebiger Atomabfälle unter dem AKW-"Sarkophag" liegen - das 15fache Volumen aller hochradioaktiven Abfälle deutscher AKW!
49. In der „heute“-Sendung des ZDF vom 26.4.16 wurde behauptet, dass es in 25 Jahren über 1 Million Tote gegeben hätte und über 2 Millionen Fehlgeburten. Noch heute könne man sich auf dem Reaktorgelände nur kurz aufhalten.<br class="clear" /><br class="clear" />Die Zahl von einer Million Toten ist Unsinn. Selbst die unwahrscheinliche Vorstellung, dass kleinste Dosen noch eine Wirkung haben und nur mit einer genügend hohen Zahl von Betroffenen multipliziert werden müssen, führt nicht zu dieser Zahl. Im äußersten Fall - voraussetzt jede messbare Dosis hat eine Wirkung - sind 30.000 Tote vorstellbar. Das „Chernobyl Forum“

von 2003-05, zu dem u.a. WHO und UNSCEAR gehören, berechnete nach LNT 4.000 Todesfälle. Der Unterschied zum Wert 30.000 rührt daher, dass keine Personen einbezogen wurden, deren Dosen gegenüber dem natürlichen Strahlenpegel sehr gering waren.

Die Zahl von zwei Millionen Fehlgeburten kann nur erfunden sein, da Fehlgeburten in keinem Land exakt erfasst werden. Die Behauptung, im Sperrgebiet könnte man sich nur wenige Stunden aufhalten, zeugt von Unkenntnis oder Unehrllichkeit. Schließlich leben dort wieder Menschen. Am stärksten betroffen waren die Einwohner der evakuierten Gebiete. Deren Lebensdosis kann einige 100 Millisievert betragen. Doch unterhalb der Schockdosis von 100 mSv sind keine biologischen Wirkungen nachweisbar.

50. Es sind viele Konsequenzen aus der Tschernobyl-Katastrophe gezogen worden. Die Berichte füllen ganze Regale. Die Kerntechniker – aber leider nur sie – haben daraus gelernt. Tschernobyl war ein unüberhörbarer Weckruf, der zu besseren Sicherheitsgrundsätzen und -praktiken geführt hat. All diese – gewiss tw. noch unzureichenden – Verbesserungen werden von der Anti-Atom-Bewegung schlicht ignoriert. Stattdessen verbreitet sie die Horrorvision, dass der Super-GAU eines AKW Millionen Tote und eine für zehntausende von Jahren unbewohnbare Landschaft hinterlassen würde.

Fukuskima

51. Die direkte Ursache der Katastrophe in Fukushima im März 2011 war ein Tsunami, der dazu führte, dass die Notstromversorgung und in Folge dessen die Kühlung des AKW ausfielen. Ähnlich wie in Tschernobyl war das Notfall-Management schlecht. Die Tsunamigefahr war lange bekannt – trotzdem wurde sie beim Bau des AKW nicht berücksichtigt. Technische Verbesserungen des Sicherheitssystems, die vom US-Reaktorentwickler angemahnt worden waren, sind nicht vorgenommen worden. Eine äußere Betonschutzhülle des Reaktors, wie in Europa vorgeschrieben, gab es nicht. Die Hauptursache des Unfalls war also mangelnde Kontrolle beim Bau und beim Betrieb der Anlage.
52. Lt. UNSCEAR gab es nach Fukushima bisher keine Toten durch Radioaktivität. Medienberichte über tausende Tote durch den

Reaktorunfall sind Märchen. Es gab viele Opfer durch den Tsunami sowie einige Dutzend Tote durch die Evakuierungen. Schon nach Tschernobyl wurde analysiert, dass die Evakuierungen in Tempo und Ausmaß oft überzogen waren und unnötige Opfer kosteten. Trotzdem erlebte Fukushima eine noch größere Evakuierungssorgie. Schwerkranke und Alte wurden überstürzt abtransportiert. Der SPIEGEL schrieb dazu: *„Viele Menschen starben (...) an den Folgen der weiträumigen Evakuierung. (...) Kranke wurden aus Intensivstationen abtransportiert, Alte aus ihrem Pflegeheim geholt. (...) Die vorsichtigste Berechnung geht von mindestens 150 Todesfällen aus. Eine Studie der Stanford University kommt auf 600 Evakuierungsopfer“* In den Evakuierungsgebieten gab es nie Strahlenbelastungen, die gesundheitsschädlich waren und eine unverzügliche Evakuierung begründet hätten. Auch heute liegen die gemessenen Strahlenwerte unter jenen Dosen, denen man ausgesetzt ist, wenn man z.B. mit dem Flugzeug von Berlin nach Tokio fliegt.

53. Die Berichte der meisten deutschen Medien über Fukushima sind ein Ausdruck von Faktenresistenz, Katastrophismus und Unwissenschaftlichkeit. Die Analyse dieses u.a. Unfälle zeigt, dass die meisten von ihnen durch bessere Kontrolle, Wartung und Ausbildung der Mitarbeiter und bessere Standards beim Bau hätten vermieden werden können. Die Ursache der Störfälle war keineswegs eine „nicht beherrschbare“ und grundsätzlich unsichere Technik. Immer wieder erwies sich, dass die Kontrolle durch den Staat bzw. die Unternehmen selbst unzureichend war oder die Wartung bzw. technische Erneuerung nicht korrekt durchgeführt wurde. Oft gingen staatliche Bürokratie und Gewinnstreben des Atomkapitals dabei Hand in Hand.
54. Höhere Sicherheit kann nur gewährleistet werden, wenn die Kontrolle und Aufsicht über Atomanlagen dem Kapital und dem Staat entwunden werden. Nur die Arbeiterklasse - im Verbund mit Technikern und Wissenschaftlern ihres Vertrauens (nicht zu verwechseln mit sog. „Atomexperten“, die von Lobbygruppen ernannt werden) und Vertretern der Anwohner - hat das Interesse und die Fähigkeit, die höchstmöglichen technischen und Sicherheitsstandards durchzusetzen. Die Bevölkerung in der Nähe von AKW muss aufgeklärt und aktiv in das Sicherheitsmanagement integriert werden, denn nur, wer die Risiken und

Schutzmaßnahmen kennt, kann sich im Ernstfall richtig verhalten.

55. Wie jede andere Technologie birgt natürlich auch die Atomtechnik Risiken. Und wie bei jeder anderen Technologie wird dieses Risiko im Zuge wachsender Erfahrungen im Umgang mit der Technik und ihrer Verbesserung minimiert. Die Opferzahlen und Folgen von Chemieunfällen oder des Autoverkehrs sind weit größer als die von AKW-Unfällen. Doch niemand kommt deshalb auf die Idee, Chemieanlagen oder Autos abzuschaffen. <br class="clear" /><br class="clear" />Die Erfahrungen mit der Atomenergie zeigen sehr deutlich, dass nicht „die“ Technik an sich unsicher oder unbeherrschbar ist, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse dafür entscheidend sind, ob und wie ein Technologie verwendet wird und wie hoch das Sicherheitslevel ist.
56. Entscheidend ist die Frage, welche Klasse, den Betrieb kerntechnischer Anlagen kontrolliert. Die Erfahrungen zeigen einerseits, dass Kapital und staatliche Bürokratie nur unzureichend in der Lage sind, ein hohes Niveau an Sicherheit zu gewährleisten und zweckentsprechend, rational und verantwortungsvoll zu handeln. Andererseits hat sich aber auch der Katastrophismus bezüglich atomarer Unfälle nicht nur als unzutreffend und übertrieben, sondern sogar als schädlich (Evakuierungen) herausgestellt. Den oft von Unkenntnis und ideologischer Vorbelastung geprägten oder einfach politischen und materiellen Interessen verpflichteten selbsternannten „Experten“ aus Politik und NGOs sollte mit Skepsis begegnet werden. Zuständig und verantwortlich sollten v.a. jene Menschen sein, die mit wirklichem Fachverstand und Erfahrung ausgestattet sind bzw. in und um kerntechnischen Anlagen arbeiten und wohnen. Sie sollen demokratisch diskutieren und entscheiden, wie die Sicherheit am besten gewährleistet werden kann. Natürlich müssen sie auch ein Vetorecht über den Betrieb von Anlagen haben!
57. Wir sind gegen die Forderungen nach einem sofortigen oder planmäßigen Ausstieg aus der Kernenergie. Das schließt jedoch keinesfalls aus, dass AKW, die bestimmte Anforderungen nicht erfüllen, zeitweise oder generell abgeschaltet bzw. technisch nachgerüstet werden.

Gibt es genügend spaltbares Material?

58. Ein weiteres Argument gegen die Atomenergie ist die Behauptung, dass die benötigten Rohstoffe zu Ende gehen würden. Diese Behauptung ist grundfalsch. Uran kommt überall in der Erdkruste vor. Die Uranvorräte sind zwar endlich, aber bei effizienter Nutzung nach menschlichen Maßstäben praktisch unerschöpflich. Die Behauptung, sie gingen in wenigen Jahrzehnten zu Ende, betrachtet fälschlich nur die bisher nachgewiesenen Reserven, die aber nur einen Bruchteil aller Vorräte darstellen. Die nachgewiesenen Reserven umfassen 7,36 Mill. Tonnen. Beim derzeitigen Jahresverbrauch von 68.000 t würden sie für über 100 Jahre ausreichen. Dazu kommen noch zu erwartende Reserven von etwa 3-8 Mio. Tonnen. Über diese „konventionellen Ressourcen“ hinaus sind in Phosphaten etwa 22 Mio. und im Meerwasser sogar etwa 4 Milliarden Tonnen Uran enthalten. Für die Erzeugung von einer Milliarde Kilowattstunden in einem Leichtwasserreaktor werden 22 Tonnen Natur-Uran gebraucht, was 340.000 Tonnen Steinkohle entspricht. Durch die Wiederaufbereitung ausgedienter Brennelemente und Rezyklierung von Spaltstoffen erhöhen sich die Vorräte nochmals um 30%.
59. Neben dem Uran ist (beim gegenwärtigen Stand der Technik) auch Thorium für die Kernspaltung geeignet. Es gibt ungefähr vier Mal so viel Thorium wie Uran. Es gibt große Mengen Thorium als Abfall bei der Gewinnung seltener Erden. Uran und Thorium zusammen können den Energieverbrauch der Menschheit für Jahrtausende decken. Mit Thorium ist heute allerdings noch keine Kettenreaktion direkt möglich. Man muss es dazu erst in Uran umwandeln. Um eine optimale Ausbeute zu erhalten, muss es jeweils einen „Brutkreislauf“ (in dem Thorium in Uran umgewandelt wird) und einen „Spaltkreislauf“ (in dem die Energieerzeugung stattfindet) im Reaktor geben. Bei Thorium ist es wesentlich unwahrscheinlicher, dass sich „überschwere“ Kerne bilden. Diese sind aber für die Langlebigkeit des Atom“mülls“ verantwortlich. Entstehen sie erst gar nicht, ist der Atom“müll“ relativ harmlos und seine Lagerungszeit reduziert sich erheblich.
60. Selbst beim gegenwärtigen Stand der Technik und der noch relativ geringen Energieausbeute sind die Vorräte an spaltbarem Material also

praktisch unendlich, zudem daneben noch Mengen an radioaktivem „Müll“ vorhanden sind, der prinzipiell auch wieder als Brennstoff genutzt werden können.

Die Zukunft der Kernenergie

61. Nach Meinung der Atom-Gegner haben Tschernobyl und Fukushima das Ende der Kernkraft eingeläutet. Die Praxis bestätigt das jedoch nicht. Aktuell sind weltweit ca. 450 Reaktoren in Betrieb, die etwa 17% des globalen Stroms erzeugen. Nur sehr wenige Länder haben ihr Atom-Engagement reduziert bzw. verabschieden sich von AKW. Deutschland ist eine Ausnahme und fast kein Land folgt seinem Beispiel. Allein China, Russland, Indien und die USA planen den Bau von über 100 neuen AKW. Weltweit könnte sich die Kapazität der AKW in den nächsten Jahren um rund 15% erhöhen, für die kommenden 20 Jahre ist eine Steigerung um bis zu 50% möglich.
62. Wie bei jeder Technologie war auch die Einführung der Kernkraft ein qualitativer Sprung, dem seither eine evolutionäre Entwicklung der Leistungs- und Sicherheitsparameter folgte. Die AKW der II. Generation, die heute die übergroße Mehrzahl aller Anlagen stellen, sind gekennzeichnet durch wirtschaftliche und kostengünstige Stromgewinnung. Der breite Einsatz und die Analyse der Störfälle zogen verschiedene Nachrüstungen, insbesondere im Sicherheitsbereich nach sich. Die AKW der III. Generation, die derzeit die 2. Generation abzulösen beginnen, sind von besseren Sicherheitsmerkmalen geprägt.
63. 2001 wurde der internationale Forschungsverband „Generation IV International Forum“ (GIF) gegründet. Daran sind beteiligt: Argentinien, Brasilien, China, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, Russland, Schweiz, Südafrika, Südkorea, die USA und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Deutschland, das bisher einen der führenden Plätze in der Atomforschung innehatte, ist nicht vertreten und verabschiedet sich aus dieser Hochtechnologie - man fördert lieber Windräder und das Vergären von Grünmasse.
64. Der Begriff „IV. Generation“ umfasst verschiedene Spaltungstechnologien, die derzeit entwickelt und z.T. schon in der Praxis

angewendet werden. Diese Techniken zeichnet aus, dass ein Super-GAU ausgeschlossen ist. Sie haben verschiedene Funktionsprinzipien und Vorteile, die kombiniert werden können. Alle grundlegenden Probleme der Kerntechnik der ersten 3 Generationen - die Gefahr einer Kernschmelze, die Produktion von atomwaffentauglichem Material, das Austreten von Radioaktivität und die Erzeugung von lange strahlendem Atommüll - können somit minimiert oder sogar ganz ausgeschlossen werden. Neben dem Sicherheitsaspekt können auch die Einsatzmöglichkeiten verbreitert, die Bau- und Betriebskosten gesenkt und die Energieausbeute erhöht werden. Mit dem breiten Einsatz der IV. Generation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sind die „Kinderkrankheiten“ der Atomtechnik überwunden und das „atomare Zeitalter“ kann und wird beginnen. Die Kohleverstromung ist - bevor sie selbst ersetzt wird - die Brückentechnologie dorthin.

65. Nach Tschernobyl wurde in Deutschland 1989 der Hochtemperaturreaktor (Kugelhaufenreaktor) Hamm-Uentrop stillgelegt, obwohl bei dessen Funktionsweise die Kernschmelze ausgeschlossen ist. Entsprechende Forschungen wären daher sehr sinnvoll. Auch hieran zeigt sich, zu welchen Absurditäten die deutsche Atom-Politik führt. Auch ein ähnlicher Reaktortyp, der Schnelle Brüter in Kalkar, wurde schon vor der Realisierung beerdigt. Dieser Reaktor hätte im Betrieb mehr Brennstoff herstellen können, als man in ihn hineingesteckt hätte. Die Vorbehalte gegenüber Kalkar ergaben sich auch daraus, dass dort aus Uran Bombenfähiges Plutonium hätte hergestellt werden können. Doch der Kampf gegen Atomwaffen und für eine „anti-imperialistische“ Orientierung, mit dem die Anti-Atom-Bewegung einst begonnen hatte, degenerierte auch hier zum Kampf gegen eine Technologie - zu moderner Maschinenstürmerei.
66. Neben verschiedenen Kernspaltungs-Konzepten wird auch an der Kernfusion geforscht, welche noch weit größere energetische Möglichkeiten als die Kernspaltung verheißt. Es ist allerdings klar, dass diese Technologie - wenn überhaupt - in den nächsten 20-30 Jahren nicht einsatzreif sein wird und insofern gegenwärtig keine praktische Option darstellt.

67. Wenn die Nutzung der Atomkraft nicht unter kapitalistischen Verhältnissen und unter der Prämisse des Einsatzes als Waffe stattgefunden hätte, wäre die Entwicklung dieser Technik für zivile Zwecke besser und schneller verlaufen. Kerntechniken, die heute als IV. Generation bezeichnet werden, gab es tw. bereits in den 1960ern. U.a. aus Profitgründen wurden sie nicht weiter verfolgt. So ergibt sich das bizarre Bild, dass in den 1950 und 60er Jahren eine Atombegeisterung herrschte, obwohl die Kerntechnik noch diverse Nachteile (zu wenig Sicherheit, anfallender Atom“müll“, sehr hohe Investitionskosten usw.) aufwies. Möglicherweise wäre es damals besser gewesen, die Kernenergie noch weiter zu erforschen und zu verbessern, anstatt sie schon massenhaft anzuwenden. Heute jedoch, da wir erleben, wie diese Anfangsprobleme gelöst werden, glaubt man - v.a. in Deutschland - aus dieser Technik aussteigen zu müssen.
68. Die Atomenergie hat im Vergleich zu allen anderen derzeit genutzten Energietechniken ein ungeheures Entwicklungspotential und - v.a. perspektivisch - gravierende Vorteile: sehr große Energiedichte des Rohstoffs, sehr große verfügbare Energiemengen an einem Standort, sehr gute Regelbarkeit und damit Systemkontabilität (Stromnetz), Eignung auch als autarke Anlage (kein großflächiges Netz nötig), ständige Verfügbarkeit (keine Speicherung notwendig), unbegrenzte Rohstoffvorräte, Möglichkeit der “Nebennutzbarkeit“ des Spaltprozesses auch für Wärmeerzeugung und Herstellung anderer Stoffe (z.B. Wasserstoff als Ersatz für Öl und Gas als Betriebsstoffe), keine Abfälle und Wiedernutzung alter Abfälle, fast keine schädlichen Emissionen, wenig Naturzerstörung durch Rohstoffgewinnung und sehr wenig Flächenbedarf.
69. Diese - für die weitere Entwicklung der Menschheit entscheidenden - Merkmale und Vorteile gilt es zu nutzen! Die Linke und die Arbeiterbewegung müssen die absurde Anti-Atom-Ideologie der kleinbürgerlichen „Öko“-Szene und großer Teile der bürgerlichen Politik überwinden! Sie müssen sich aktiv gegen alles wenden, was der Erforschung und Entwicklung der Atomenergie im Wege steht! Sie müssen der Erforschung und Anwendung der Kernkraft in allen ihren Aspekten - nicht nur die Sicherheit - unter ihre Kontrolle nehmen! Die

Kernenergie-Nutzung muss dem Zugriff des Kapitals und seines Staates entzogen werden! Sie muss Teil eines von der Arbeiterklasse erstellten Energiekonzeptes werden - als Teil einer revolutionären, auf die kommunistische Gesellschaft zielenden Strategie!

Eckpunkte eines Aktionsprogramms

70. MarxistInnen sehen die Arbeiterklasse als die entscheidende Produktivkraft und als einzig konsequent revolutionäre Klasse an, weil sie eng mit Wissenschaft und moderner Produktion verbunden ist, weil sie nicht über Produktionsmittel verfügt, aus denen konkurrierende bornierte Interessen erwachsen, und weil sie (in entwickelten Ländern) die Mehrheit und den produktivsten Teil der Bevölkerung stellt.

Jeder grundsätzliche Fortschritt, jede wirkliche Verbesserung kann nur durch die Aktion der Klasse bzw. durch ihr soziales Gewicht in der Gesellschaft erreicht werden. Dabei ist sie gezwungen, sich gegen die Interessen von Staat und Kapital zu wenden und ihren eigenen Einfluss auszuweiten.

In diesem Sinn treten wir dafür ein, dass auch die Atomtechnologie - von der Forschung über die technische Entwicklung und den Bau von Atomanlagen bis zur Wartung und Überwachung - unter der weitestgehenden Kontrolle und Einflussnahme des Proletariats unterliegt. Wir fordern:

71. Öffentliche Diskussion über die Frage der Kernenergienutzung, v.a. unter den Beschäftigten des Energiesektors (z.B. IG BCE, ver.di)! Für einen bundesweiten „Atom-Energie-Kongress“ der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften (v.a. der Basis) zur Erarbeitung eines Energieplans, der Investitionen, Instandhaltung usw. des gesamten Energiesystems zum gesamtgesellschaftlichen Nutzen regelt! Festlegung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von AKW durch Arbeiterkontrolle!
72. Keine medialen Spielwiesen für die Konzernlobby, aber auch nicht für grüne „Experten“, die über kein Fachwissen verfügen! Für seriöse Sach-Information durch die Medien, die alternative Positionen berücksichtigt und keine einseitige Meinungsmache betreibt! Kontrolle über die Inhalte

der „öffentlich-rechtlichen“ Medien durch gewählte Vertreter aus Wissenschaft, Technik und der Arbeiterklasse anstatt des Polit-Klüngels der „Rundfunkräte“!

73. Arbeiterkontrolle über Entwicklung, Planung, Bau und Überwachung von Atomanlagen einschließlich des Vetorechts unter Einbeziehung von WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen ihres Vertrauens, den AKW-Beschäftigten und AnwohnerInnen! Keine Einschränkung des Streikrechts für Beschäftigte des Energiesektors! Gegen den „Schulterschluss“ von Kapital und Gewerkschaftsspitzen im Energiesektor!
74. Weg mit dem Geschäftsgeheimnis! Offenlegung aller Geschäftsunterlagen für Arbeiterinspektionen! Weg mit jeglichem Einfluss des Militärs auf zivile Atomanlagen! Weg mit allen Atomwaffen!
75. Kein Outsourcing von Tätigkeiten in AKW an minder-qualifizierte und schlechter bezahlte ArbeiterInnen! Finanzierung aller Sicherheitsmaßnahmen und der Folgen von Unfällen durch die Unternehmen selbst bzw. durch progressive Besteuerung von Reichtum und Kapital! Enteignung aller Energie-Unternehmen, v.a. solcher, die gegen Sicherheitsstandards verstoßen, und Übernahme dieser Unternehmen durch die Beschäftigten bzw. Organe der Arbeiterklasse! Keine Forderung nach Verstaatlichung! Falls doch eine Verstaatlichung erfolgt: weitestgehende Durchsetzung von Arbeiterkontrolle!
76. Stopp der Politik der aktuellen „Energiewende“! Weg mit dem EEG, weg mit dem CO2-Zertifikatehandel, der Strombörse, der Belastung der Massen durch steigende Strompreise und der Subventionierung der Wind- und Solarlobby! Kein weiterer Ausbau der EE! Rücknahme der Bestimmungen zum Atomausstieg und Überprüfung des Weiterbetriebs von AKW und der Endlager durch Arbeiter-Kontroll-Komitees! Falls ein AKW geschlossen wird: Keine Entlassungen und sozialen Nachteile für die Beschäftigten! Demokratische Diskussion und Entscheidung über die weitere Nutzung der Anlagen!

(Beitrag der Redaktion, 23.9.16)